

*Aus: Nikolaus Brauns / Dimitri Tsalos (Hg.), Naher und mittlerer Osten
Krieg – Besatzung – Widerstand, 209 S., brosch., 16.90 Euro
Pahl-Rugenstein Verlag ISBN 978-3-89144-385-9; Erscheint am 21. Juni 2007
Siehe: Che & Chandler, Versandbuchhandlung des Pahl-Rugenstein Verlags:
http://www.che-chandler.com/catalog/product_info.php?manufacturers_id=&products_id=104265*

DER ISRAEL/PALÄSTINA-KONFLIKT
Zur weltpolitischen Dimension eines Kampfes
für nationale Souveränität und Demokratie

Von Klaus von Raussendorff

*Nur bei einer bestimmten sozialen Struktur
einer Nation ist der Krieg notwendig.*
(Bertolt Brecht)

»Wenn der saudische König ein Treffen moderater (arabischer Führer) anberaumt und mich und den Vorsitzenden der Palästinenserbehörde (Mahmoud Abbas) dazu einlädt, würde ich gerne kommen und unsere Vorstellungen darlegen.« verkündete der israelische Premierminister auf einer Pressekonferenz in Jerusalem am 1. April 2007. Das Gesprächsangebot Ehud Olmerts erweckte besondere Aufmerksamkeit aufgrund des Umstands, dass die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Eigenschaft als EU-Ratspräsidentin an seiner Seite stand. Die Absicht war deutlich: der Öffentlichkeit sollte Verständigungsbereitschaft signalisiert werden. Wie aus den Worten der israelischen Außenministerin Zipi Livni auf der Webseite des israelischen Außenministeriums zu entnehmen ist, handelte es sich in Wirklichkeit um einen Spaltungsversuch. Beim 7. Treffen des Israel-EU-Assoziationsrats am 5. März 2007 hatte sie im Beisein des deutschen Außenministers erklärt: »...ich glaube, dass die Welt jetzt geteilt ist zwischen Gemäßigten und Extremisten. Israel und Europa, wie auch gemäßigte Palästinenser und Libanesen und andere muslimische und arabische Staaten, teilen dieselben Ziele und dieselben Interessen. Daher ist es von entscheidender Bedeutung festzustellen, nicht nur dass es die neuen Bedrohungen in der Region gibt, sondern auch, ob es neue Fenster für Möglichkeiten der Zusammenarbeit gibt.« Für Angela Merkel ist das »Existenzrecht« Israels Bestandteil der »Staatsraison Deutschlands«. In Wirklichkeit geht es um die Ausnutzung des Staates Israel als »strategischer Aktivposten« von USA, NATO und EU. Deshalb unterstützen diese Mächte die israelischen Forderungen und verlangen von den Palästinensern, ein solches »Existenzrecht« anzuerkennen – angeblich als Voraussetzung für Verhandlungen, die irgendwann einmal zu einer »Zwei-Staaten-Lösung« führen sollen. Der Merkel-Besuch war ein Beitrag, der den Eindruck eines »neuen Fensters« im Nahost-Konflikt erwecken sollte. Und während darüber spekuliert werden darf, schafft Israel durch Landraub weitere »Tatsachen vor Ort« (Sharon). So sollen im Jordantal 20 Quadratkilometer palästinensischen Landes zwangsweise enteignet werden. Am 10. April stellte das Besatzungsgericht Räumungsbefehle an 5 Großfamilien aus, die seit Generationen in Hadidiye leben; sie sollen das Gebiet bis zum 21. April verlassen, ihre Häuser sollen zerstört werden.

Doch alle diplomatischen Aktivitäten dieser Tage können nicht vergessen machen, dass Israel den »Friedensprozess« von 1993 bis 2000 und seine noch schlimmere Neuauflage, die so genannte Road Map vom Frühjahr 2003, nur dazu ausnutzte, derartige »Fakten vor Ort« zu schaffen. Israel errichtete ein Besatzungsregime, das Züge einer systematischen Zerstörung der Lebensgrundlagen der palästinensischen Nation trägt. Dies nennen aufrechte, mutige Israelis »schleichende ethnische Säuberung« (Tanya Reinhart), »Politizid« (Baruch Kimmerling) oder

»völkermörderische Politiken« (Ilan Pappé). Die Palästinenser haben nach den Erfahrungen der letzten anderthalb Jahrzehnte nicht nur alles Recht, sich nicht auf die »neuen Fenster« einzulassen, die Olmert und Livni gegenwärtig mit NATO-Beistand anzubieten haben. Der palästinensische Widerstand leistet auch dem weltweiten Kampf für nationale Souveränität und Demokratie einen wertvollen Dienst.

Anhaltende Spannung und Ungewissheit in der Region

Der Nahe und Mittlere Osten befindet sich im Frühjahr 2007 in einem Zustand angespannter Ungewissheit: Washington sucht einen Ausweg aus dem verlorenen Krieg im Irak. Es steuert einen Kollisionskurs gegen den Iran, wobei es die Option eines Militärschlages nicht ausschließt. Der Einfluss des Teheraner Regimes in der Region ist stärker geworden. Dazu haben nicht zuletzt die USA selbst beigetragen, indem sie im »Krieg gegen den Terror« dessen wichtigste regionale Gegenspieler ausschalteten, in Afghanistan die Taliban, im Irak Saddam Hussein. In einer Art Flucht nach vorn erlaubten die USA Israel im Sommer 2006, einen Angriffskrieg gegen Libanon zu führen, um die Hezbollah im Libanon und die Assad-Regierung in Syrien, strategische Partner des Iran, zu schwächen. Beides misslang. Die Kräfte des Widerstands im Irak und im Libanon sind eher stärker geworden, der arabische Nationalismus erlebte insgesamt einen Aufschwung. Seit der Schlappe im Libanon versuchen die USA, ihre gewalttätige Strategie des »kreativen Chaos« durch den Versuch zu ergänzen, eine Allianz der »Gemäßigten«, d.h. der pro-imperialistischen Kräfte, zu bilden. Doch die von den USA und ihren Verbündeten bewirkte Instabilität in der Region hat Ausmaße angenommen, dass auch Saudi Arabien, der traditionelle Verbündete der USA, nicht mehr bereit ist, wie früher so oft, die sektiererische sunnitische Karte zu spielen und damit dem israelisch-amerikanischen Versuch einer »religiösen« Spaltung Vorschub zu leisten. Während die USA seit Anfang des Jahres weitere Truppen in den Irak schickten, setzte der saudische König beim Gipfel der arabischen Liga am 28./30. März in Riad neue Akzente einer relativ unabhängigen Außenpolitik. König Abdullah sprach von der palästinensischen Not, die es erforderlich mache, »die ungerechte Belagerung des palästinensischen Volkes so schnell wie möglich zu beenden, um einen Fortgang des Friedensprozesses in einer Atmosphäre frei von Zwang und Repression zu ermöglichen, und in einer Art, die Erfolg verspricht, das gewünschte Ziel eines unabhängigen palästinensischen Staates zu erreichen.« Und er sprach von dem irakischen Sumpf, wo »zwischen Brüdern Blut vergossen wird unter einer illegitimen ausländischen Besatzung und verachtenswertem religiösen Sektierertum, das die Gefahr des Bürgerkriegs heraufbeschwört.« Auch in seiner Haltung zu Libanon, Syrien und Iran folgt Saudi Arabien nicht bedingungslos der Politik seiner Schutzmacht.

Vor dem Hintergrund zunehmenden nationalen Widerstands in der Region sehen sich Israel und seine westlichen Protektoren nach dem Wahlsieg der Hamas im Januar 2006 zum ersten Mal mit einer palästinensischen Führung konfrontiert, die allein die Interessen des eigenen Volkes vertritt und nicht als Verhandlungspartner für einseitige israelische »Sicherheits«-Wünsche zur Verfügung steht. Die Palästinenser haben die Schlussfolgerung gezogen, dass sie mit Verhandlungen wie bisher ihrem Ziel eines eigenen Staates nicht näher kommen. Israel will jedoch Verhandlungen als Selbstzweck, um weiterhin »Fakten vor Ort« zu schaffen, d.h. möglichst viel Land mit möglichst wenig Palästinensern zu rauben. Dies ist der Sinn des »Gesprächsangebots« Olmerts, das von Merkel unterstützt wird. Um echten Verhandlungen mit der Hamas-Regierung auszuweichen, hat Israel die drei berichtigten Vorbedingungen gestellt: Anerkennung des »Existenzrechts« Israels, Verzicht auf »Terrorismus«, Annahme der bisherigen einseitigen Verhandlungsergebnisse zugunsten Israels. Hamas war gewählt worden, weil die Partei sich dem Ausverkauf der Rechte des palästinensischen Volkes am konsequentesten widersetzt hatte. Selbst die internationale Isolierung der Hamas, Massenverhaftungen demokratisch gewählter Abgeordneter des

palästinensischen Parlaments, die Wirtschaftsblockade, die eine humanitäre Katastrophe bewirkte, und schließlich das Schüren eines Bürgerkriegs unter den Palästinensern haben bisher nicht zu dem Ergebnis geführt, Hamas, die stärkste Kraft des palästinensischen Widerstands, auszuschalten.

Das endliche Zustandekommen einer Einigung zwischen Hamas und Fatah in Mekka am 8. März über die Bildung einer nationalen Einheitsregierung der Palästinenser war auch ein Indiz dafür, dass die Partei des Palästinenserpräsidenten Mahmoud Abbas in dem Maße an Rückhalt verloren hatte, wie sie von der Bevölkerung als Erfüllungsgehilfe Israels und des Westens wahrgenommen wurde. Das Mekka-Abkommen war vom König von Saudi Arabien vermittelt worden. Es wendete die Gefahr des Bürgerkriegs zunächst einmal ab. Es war aber auch eine Rettung der »gemäßigten« Fatah vor dem politischen Absturz.

Die saudische Monarchie ist beunruhigt über Washingtons Pläne für einen »Neuen Mittleren Osten«. Zudem gerät sie durch die demokratischen Widerstandskräfte in Irak, Libanon und Palästina unter Druck. Um den Versuch pro-westlicher arabischer Regimes zu Beginn des Libanon-Krieges, die libanesische Hesbollah als »abenteuerlich« zu denunzieren, wurde es bald wieder still. Kaum zwei Wochen nach Kriegsbeginn holte König Abdullah seinen Friedensplan von 2002 wieder aus der Schublade und entstaubte ihn. Dieser war von Israel bis dato als indiskutabel abgetan worden. Das wiederbelebte Friedensangebot, das von der Arabischen Liga unterstützt wird, umfasst drei Elemente: Diplomatische Beziehungen aller arabischen Staaten mit Israel, die Schaffung eines palästinensischen Staates innerhalb der »Grünen Linie«, der Grenze des Waffenstillstands von 1949, sowie das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge. Es unterscheidet sich von der Position der Hamas insofern, als es von der Anerkennung des jüdischen Staates ausgeht und das unveräußerliche Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge zum Gegenstand von Verhandlungen mit Israel macht. Diese Unterschiede fallen jedoch weniger ins Gewicht als die Tatsache, dass im israelisch-arabischen Konflikt allein die palästinensische und die arabische Seite über eine konstruktive und realistische Verhandlungsposition verfügen. Seit 2005 hat Hamas die verkündete Waffenruhe eingehalten und schlägt vor, einen Waffenstillstand für zehn Jahre zu vereinbaren, um während dieser Zeit über die Schaffung eines Palästinenserstaates, den Status von Jerusalem, die Rückkehr der palästinensischen Flüchtlinge und andere Streitfragen zu verhandeln. Auch Damaskus wird seit dem Ende des Libanon-Krieges nicht müde, den Israelis die syrische Bereitschaft zu einer Friedenslösung zu signalisieren. Unverzichtbar allerdings ist für Syrien, dass Israel den im Krieg von 1967 besetzten syrischen Golan zurückgibt.

Friedensunfähig

»Die Stunde der Wahrheit ist gekommen und es muss gesagt werden: Israel will keinen Frieden,« schreibt der bekannte israelische Journalist Gideon Levy in Ha'aretz (vom 8. April 2007). »Das Repertoire der Ausflüchte ist aufgebraucht und der Chor israelischer Verweigerungen klingt hohl. Bis vor kurzem war es noch möglich, den israelischen Refrain zu akzeptieren, dass es für den Frieden ›keinen Partner gibt‹, und dass ›dies nicht der richtige Zeitpunkt ist‹, um mit unseren Feinden zu verhandeln. Heute lässt die uns vor Augen liegende Realität keinen Zweifel zu, und der müde Refrain, dass ›Israel den Frieden unterstützt‹, ist völlig unglaubwürdig geworden.«

Israel ist der einzige Staat der Welt, der durch die internationale Staatengemeinschaft geschaffen wurde. Er entstand aufgrund des Beschlusses der UN-Generalversammlung vom 29. November 1947, der die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina vorsah. Israel, das schon bei seiner Gründung eben diesen Teilungsbeschluss missachtete, sich mehr Land aneignete, als ihm zugestanden worden war, und die Hälfte der eingeborenen arabischen Palästinenser aus ihrer Heimat

vertrieb, ist zugleich das einzige Land, das seither sämtliche Beschlüsse der Vereinten Nationen zum Nahost-Konflikt missachtet und systematisch gegen elementare Grundsätze des internationalen Rechts verstößt. Es ist eine der erstaunlichsten Anomalien der Weltpolitik, dass diese permanenten Normenverstöße Israels kaum Strafmaßnahmen der Staatengemeinschaft zur Folge haben. Mehr noch: »Israels Apologeten haben es geschafft, den jüdischen Staat aus der Diskussion auszublenden, die über die universellen Menschenrechte und über Gerechtigkeit geführt wird, über Werte, nach denen wir andere problematische Konflikte beurteilen. Im Falle Israels ist die Kultur der Apologetik inzwischen im Westen tief verwurzelt, insbesondere unter dem europäischen und amerikanischen Judentum.« So der in Nazareth lebende britische Journalist Jonathan Cook (Blood and Religion – The Unmasking of the Jewish and Democratic State, London 2006, S. IX)

Nahezu alle westlichen Regierungen unterstützten 2006 die Vorbedingungen, aufgrund derer Israel konstruktive Verhandlungen mit der palästinensischen Seite zu umgehen sucht. Sie wirkten aktiv an der wirtschaftlichen Abschnürung der palästinensischen Gebiete mit. Daher sind sie für die entstandene humanitäre Katastrophe mitverantwortlich. Israel war es aufgrund dieses Verhaltens möglich, am 12. Juli 2006 seinen Bombenterror gegen den Libanon zu entfesseln. Es hätte Israel eine Warnung sein können, dass der erste israelische Krieg gegen den Libanon 1982 einen katastrophalen Ausgang nahm und dass die israelischen Besatzungstruppen nach 18jährigem Widerstand der Hezbollah im Mai 2000 aus dem Süden des Libanon abgezogen werden mussten. Doch wie aus Presseberichten zu entnehmen ist, begann das israelische Militär schon bald darauf mit Planungen für einen erneuten Krieg gegen Libanon. Im Sommer 2006 schien die internationale Lage für Israel günstig.

Wie diese in Tel Aviv eingeschätzt wurde, wird in einer nur in der hebräischen Ausgabe von Ha'aretz vom 1. Oktober 2006 erschienenen Recherche (französische Übersetzung aus dem Arabischen: <http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=1472&lg=fr>) von Aluf Ben et Akiva Elda folgendermaßen beschrieben: »In jenen Tagen herrschte in Tel Aviv die Meinung, dass die Welt auf der Seite Israels stand und dass es sich dabei um eine Premiere in der Geschichte der Kriege Israels handelte. Am 16. Juli entschied der G8-Gipfel in Sankt Petersburg, sich die Kriegsziele Israels zu eigen zu machen, und verlangte mit Nachdruck, dass die beiden gefangenen israelischen Soldaten unverzüglich frei gelassen werden, sowie die Umsetzung der Resolution 1559 (die die Entwaffnung der Hezbollah verlangt/K.v.R.). Die Führer der G8-Länder befürworteten die Stationierung der libanesischen Armee im Süden und beschlossen, die Entsendung einer multilateralen Truppe in die Region zu prüfen.«

Auf der Grundlage umfangreicher Recherchen schildern die beiden israelischen Journalisten ferner, wie die israelische Führung schon am zweiten Tag des Krieges zu der Einsicht kam, dass die offiziell genannten Kriegsziele (Schwächung der Hezbollah, Befreiung der gefangenen israelischen Soldaten) nicht zu erreichen waren. Später gestand auch Premierminister Ehud Olmert, bald zu einer solchen Einschätzung gekommen zu sein, d.h. das eigene Land und die internationale Öffentlichkeit belogen zu haben. Es musste also eine Auswegsstrategie gefunden werden. Nach Darstellung der israelischen Journalisten steuerte ein israelisch-amerikanisches Verhandlungsteam von Tel Aviv aus die diplomatischen Verhandlungen im Sicherheitsrat, mit denen die NATO-Mächte versuchten, die israelischen Kriegsziele, so weit möglich, doch noch durchzusetzen. Das Ergebnis war die Resolution 1701 des Sicherheitsrats, die ein schändliches Dokument völkerrechtswidriger Intervention darstellt. Verabschiedet wurde sie trotz erheblicher Divergenzen zwischen den USA und Frankreich, das zeitweilig mit einem eigenen Resolutionsentwurf gedroht hatte. Auch dieser Vorgang einer Einigung in letzter Minute bestätigte die allgemein zu beobachtende Tendenz der imperialistischen Hauptmächte zu einer vereinheitlichten Strategie gegen »den Rest der Welt«. Immerhin setzte die Resolution dem israelischen Bombenterror nach

34 Tagen ein Ende und enthielt weitere für den Libanon positive Anknüpfungspunkte (Anerkennung der libanesischen Souveränität in der Frage der bewaffneten Verbände der Hezbollah, Hinweis auf das Problem eines Gefangenenaustauschs, Hinweis auf die ungelöste Frage der israelischen Besetzung der libanesischen Shebaa-Farmen).

Das Zustandekommen einer für Libanon weniger ungünstigen Resolution hatte Gründe, die der syrische Präsident Assad in einer Grundsatzrede am 15. August so bewertete: »Selten waren wir Araber uns von A bis Z einig. Aber das hatten wir bei dem Treffen in Beirut (der Außenminister der Arabischen Liga am 7. August/K.v.R.) erreicht, und eine arabische Delegation, die alle arabischen Staaten ohne Ausnahme repräsentierte, flog nach New York, stieß dort aber nur auf Ablehnung und Missachtung. Diese Missachtung richtete sich selbstverständlich nicht gegen die Mitglieder der Delegation, sondern gegen jene, die hinter ihnen standen – gegen die arabischen Länder. Tatsächlich war es die Lage vor Ort, und zwar die Standhaftigkeit des libanesischen Volkes sowie des Widerstands, und nicht die Leistung der arabischen Politik, die dem ursprünglichen Resolutionsentwurf zu seiner jetzigen Form verhalf, die weniger schlecht ist.«

Dass die Forderung nach einem Waffenstillstand von der Bush-Regierung so lange boykottiert wurde, hatte einen besonderen Grund. Israel sollte nach dem Willen der neokonservativen Kräfte in der Bush-Regierung Zeit für einen Militärschlag gegen Syrien erhalten. Hierzu berichtete der US-amerikanische Analyst Jim Lobe (Asia Times vom 31. August 2006) unter Bezugnahme auf die US-Nachrichtenagentur Inter Press Service: »In einem Treffen mit einem sehr ranghohen Vertreter Israels deutete (der stellvertretende Nationale Sicherheitsberater Elliot) Abrams an, dass Washington keine Einwände hätte, sollte Israel sich entschließen, den Krieg über seinen nördlichen Nachbarn hinaus auszuweiten, wobei er seinen Gesprächspartner nicht im Zweifel ließ, dass Syrien das beabsichtigte Ziel sei,« wie eine gut unterrichtete Quelle, die von dem Treffen durch einen der Teilnehmer erfuhr, Inter Press Service mitteilte.« »Hätte Israel Syrien geschlagen, wäre das ein derart harter Schlag für den Iran gewesen, dass dieser dadurch geschwächt und die strategische Landkarte des Mittleren Ostens verändert worden wäre.« So die Meinung von Frau Meyrav Wurmser. Statt eines »strategischen Krieges«, der Israels Zielen und den Zielen der USA im Irak gedient hätte, habe Israel den »falschen Krieg« geführt. Daher herrsche »Verärgerung in Washington«. (Interview in der online-Version von Yediot Aharonot vom 16. Dezember 2006, <http://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-3340750,00.html>) Die Israelin Meyrav Wurmser ist nicht irgendwer, sondern eine pro-zionistische Aktivistin in den USA und die Ehefrau David Wurmsers, des Mittelostberaters von US-Vizepräsident Richard Cheney, der Hauptdrahtzieher des neokonservativen Netzwerks ist.

Unter dem Schirm von NATO und EU

Die Hauptmächte der NATO und der EU verhielten sich im Libanon-Krieg so, als sei der Aggressorstaat Israel de facto ein Bestandteil dieser imperialistischen Strukturen und als agierte er im Rahmen einer vereinheitlichten Strategie der imperialistischen Mächte. Diese offenkundige Tatsache der Komplizenschaft nahezu aller imperialistischen Mächte, einschließlich des israelischen Ablegers, gerät aus dem Blickfeld, wenn in Deutschland, wie üblich, allein die »Besonderheit« der deutsch-israelischen Beziehungen beschworen wird. Unbestritten ist der von Hitler-Deutschland organisierte Massenmord an den europäischen Juden ein Schandmal, das Deutschland »bis in alle Ewigkeit« eine besondere Verantwortung auferlegt. Aber erstens ist dieses Verbrechen trotz seiner Einzigartigkeit nicht aus dem Zusammenhang aller anderen Nazi-Verbrechen herauszulösen, der deutschen Regierungen eine besondere Verantwortung gegenüber allen Völkern, einschließlich dem eigenen, auferlegt. Und zweitens folgt daraus nicht, dass dem Staat Isra-

el in seiner Politik gegen die Palästinenser und seine arabischen Nachbarvölker eine einzigartige Straflosigkeit zuzubilligen ist.

Ein »Manifest«, in dem sich 25 deutsche Politikwissenschaftler in der Frankfurter Rundschau (vom 25. November 2006) zum Nahost-Konflikt äußerten, charakterisiert die »Besonderheit« des deutsch-israelischen Verhältnisses folgendermaßen: »Deutschland hat sich angesichts der Ungeheuerlichkeit des Holocaust und der prekären Lage Israels uneingeschränkt für Existenz und Wohlergehen dieses Landes und seiner Bevölkerung einzusetzen, unter anderem durch Lieferung von staatlich geförderter hochwertiger Waffentechnologie auch dann, wenn Israel gegen internationales Recht und die Menschenrechte verstößt und sich im Kriegszustand befindet; Kritik an israelischen Handlungsweisen sollte, wenn überhaupt, nur äußerst verhalten geäußert werden und besser unterbleiben, solange die Existenz dieses Landes nicht definitiv gesichert ist.«

Zwar machen sich die Politikwissenschaftler diesen »problematischen Philosemitismus« nicht gänzlich zu eigen, »weil die bloße Umkehrung eines starren, gegen die Realität abgeschotteten Feindbildes letztlich nur dasselbe mit umgekehrten Vorzeichen ergibt und ebenfalls gegen die Realität und jedes differenzierte Urteil immunisiert«; zwar leiten sie aus dem Holocaust auch eine deutsche Verantwortung für die Palästinenser ab; doch geht das »Manifest« gegenüber den in jeder Beziehung ungleichen Konfliktparteien wieder einmal auf gleiche Distanz und behauptet: »Wir alle müssen uns im gleichen Maße von den gewalttätigen Aspekten der israelischen Politik abgrenzen, wie wir uns vom militärischen Vorgehen eines Teils der Palästinenser und der libanesischen Hizbullah distanzieren.« Der systematische Charakter israelischer Aggression und der Diskriminierung der Palästinenser durch den jüdischen Staat wird in kaum zu überbietender Abstraktheit angedeutet. Es müsse die »Gleichheit der Menschen ohne jede Ausnahme«, also »auch für die Konfliktparteien im Nahen Osten gelten«.

Beschwichtigungspolitik

Im Juni 2000 verabschiedete der Europäische Rat in Feira eine »Gemeinsame Strategie für die Mittelmeerregion«. Das Besondere daran war, dass sie erst gelten soll, wenn eine »umfassende Friedensregelung« erzielt worden ist. »Damit sollte verhindert werden, dass der EU-Rat selbstständige Beschlüsse in Bezug auf den Nahostkonflikt fällt. Insbesondere Deutschland wollte es vermeiden, dass Mehrheitsbeschlüsse in Bezug auf Israel und seine Nachbarn zu weit gehen, bevor der Konflikt beigelegt ist.« (Isabel Schäfer, Die Europäische Union und der Nahostkonflikt, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. 20/10.05.2004; <https://www.bundestag.de/dasparlament/2004/20/Beilage/006.html>). Ein Assoziationsabkommen der EU mit Israel trat am 1. Juni 2000 in Kraft. Seine Präambel betont die Wichtigkeit der Prinzipien der UN-Charta, insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und der demokratischen Prinzipien. Aber als die israelische Armee im Zuge ihrer »Operation Schutzschild« ab Januar 2002 Projekte wie den palästinensischen Flughafen, Krankenhäuser, Schulen und die Fernsehstation, die von der EU mitfinanziert worden waren, gezielt zerbombte und zerstörte, wurde dies von der EU zwar scharf verurteilt – es wurde eine Suspendierung des Assoziierungsabkommens gefordert – doch eine angemessene Reaktion auf die israelischen Gewalttaten blieb aus, weil dies von einigen EU-Regierungen, darunter der deutschen, verhindert wurde.

Als Israel mit Unterstützung der USA die Ablösung Arafats betrieb, war die EU zunächst dagegen, weil sie in ihm den einzig möglichen palästinensischen Verhandlungspartner sah. Schließlich gab sie nach und suchte nach einer diplomatischen Lösung, derzufolge Arafat eine rein repräsentative Funktion, etwa als Staatspräsident, übernehmen und Ministerpräsident Abbas die Verhandlungen mit Israel führen sollte. Gegen Hamas war Arafat zuvor unterstützt worden, als er

im »Friedensprozess« innenpolitisch unter Druck geriet, weil die Hamas mehrere Attentate verübte. Damals hatte die EU mit einer »Gemeinsamen Aktion« reagiert. Sie ernannte einen verantwortlichen Berater für das »Hilfsprogramm zur Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde bei ihren Bemühungen zur Bekämpfung terroristischer Aktivitäten, die von den unter ihrer Kontrolle stehenden Gebieten ausgehen«. Konkret bedeutete dies vor allem eine Unterstützung zur Ausbildung und Ausrüstung der palästinensischen Polizei. »Dieses Hilfsprogramm funktionierte vergleichsweise gut und parallel zu den Programmen der CIA.« (Schäfer ebenda)

Humanitäre Katastrophe

Der deutschen Regierung ist der Vorwurf zu machen, mitverantwortlich zu sein an der humanitären Katastrophe, die durch die Wirtschaftsblockade gegen Gaza und die Westbank ausgelöst wurde. Dagegen wehrte sie sich in der Fragestunde des Bundestages am 28. März: »Es war unmöglich, nachdem die Hamas die Regierung im letzten Jahr in den palästinensischen Gebieten übernommen hatte, direkt dorthin Gelder zu überweisen«. So die Erklärung des Staatsministers im Auswärtigen Amt Gernot Erler (SPD) zur Rechtfertigung der deutschen Unterstützung einer völkermörderischen Kollektivstrafe gegen 4 Millionen Palästinenser wegen Ausübung ihres demokratischen Wahlrechts. Die Europäische Union habe doch, so Erler entschuldigend, einen Übergangsmechanismus namens TIM eingerichtet, durch den »2006 zeitweise die kompletten Ausgaben für Strom und Wasser für den Gazastreifen bestritten« wurden. Insgesamt habe die EU 2006 Zahlungen in Höhe von 650 Millionen Euro geleistet, und im Jahr davor 565 Millionen Euro. Die EU habe die »Entwicklungshilfemaßnahmen gar nicht reduziert, sondern nur anders organisiert.«

Über das so genannte »Quartett«, das aus USA, UNO, EU und Russland besteht, ist Deutschland an einer Politik beteiligt, die angesichts der israelischen Sanktionen gegen die Palästinenser im Wesentlichen aus Beschwichtigungsversuchen besteht. Tatsächlich trägt die militärische Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel Merkmale des Kolonialismus und der Apartheid. Zu diesem Ergebnis kommt jedenfalls der Berichterstatter des Uno-Menschenrechtsrats, der seinen Jahresbericht zur Lage in den palästinensischen Gebieten am 22. März in Genf vorstellte. Wer die Apartheid gekannt habe, so der Südafrikaner Dugard, habe ein Déjà-vu-Erlebnis, wenn er die palästinensischen Gebiete besuche. Gesetze und Praxis diskriminierten die Palästinenser. Die Einschränkung der Bewegungsfreiheit gleiche den Passgesetzen des Apartheidregimes. Daher sein Vorschlag, den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten über die rechtlichen Konsequenzen der 40-jährigen Besetzung zu bitten. In der Debatte über Dugards Bericht argumentierte der israelische Botschafter Itzhak Levanon ähnlich wie der Vertreter des Auswärtigen Amtes: Dugard habe keine positiven Entwicklungen erwähnt wie die Überweisung von 100 Millionen Dollar durch Israel an die palästinensische Behörde im letzten Dezember. Worauf Dugard entgegnete, Israel schulde den Palästinensern insgesamt 700 Millionen Dollar an Steuereinnahmen. (NZZ vom 22. März 2007)

Die EU-Länder hatten kein Recht, die Palästinenser von der Nahrungsmittelversorgung abzuschneiden, betonte auch Tanya Reinhart, die kürzlich verstorbene israelische Friedensaktivistin, bei ihrer letzten Lesung in Frankreich am 7. Dezember 2006. »Es ging nicht um eine Art Großzügigkeit, mit der Europa fortfahren konnte oder auch nicht,« stellte sie fest. »Es ging um eine einmal getroffene Entscheidung, jene Verpflichtungen zu übernehmen, die das internationale Recht dem israelischen Besatzer auferlegt, nämlich für das Wohlergehen der Bevölkerung unter der Besatzung zu sorgen. Europa entschied sich, Israel gegenüber nicht darauf zu bestehen, seine Verpflichtungen einzuhalten, und zog es vor, Geld an die Palästinenser zu zahlen. Als es damit aufhörte, brach es internationales Recht.«

Die Linguistik-Professorin starb am 17. März 2007 in New York. Sie war eine der wenigen Persönlichkeiten der israelischen Opposition, die den Boykott der Institutionen ihres Landes, insbesondere der Universitäten, verlangte. »Der Boykott braucht uns keine Sorgen zu bereiten, wenn wir internationales Recht einhalten,« entgegnete die Autorin, die zwei bedeutende Bücher über die israelische Besatzungspolitik verfasst hat und regelmäßig Kommentare in israelischen Zeitungen veröffentlichte. Ihre Kritik richtete sich nicht nur gegen das israelische Establishment sondern auch gegen die zaghafte, angeblich pazifistische israelische »Linke«, die die Strafflosigkeit hinnimmt, von der der Staat Israel und alle seine Institutionen profitieren. Da die physische Repression gegen echte Oppositionelle in Israel zunehmend brutaler geworden ist, hatte sich Tanya Reinhart, vom Kampf erschöpft, erst kürzlich in New York niedergelassen. Sie war erst 63, als sie dort einem Herzschlag erlag (Nachruf vom 18. März 2007; <http://www.europalestine.com>).

Ein Rechtsgutachten des IGH zu den Folgen der Besatzung, wie vom Berichterstatter John Dugard vorgeschlagen, kann nur vom UN-Sicherheitsrat, von der UN-Generalversammlung oder – mit deren Ermächtigung – von anderen UN-Organen und -Sonderorganisationen eingeholt werden, nicht jedoch von einem einzelnen Mitgliedsland. Aber: »Was machen Sie stattdessen?«, wollte der Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Professor Norman Paech, bei der Anhörung im Bundestag vom Vertreter des Auswärtigen Amtes wissen. »Wir haben zum Beispiel nie einen öffentlichen Protest gehört, obwohl es den andernorts gibt. Sie wissen, dass dem Unterhaus in Großbritannien jetzt ein Antrag auf Suspension der EU-Assoziation vorliegt. Es gibt von anderen Regierungen durchaus öffentliche Proteste.« Erler wusste darauf nur zu erwidern, dass »wir« bei Begegnungen mit der israelischen Seite die »Sperranlagen«, »die Tatsache, dass sie nicht der ›Grünen Linie‹ folgen«, die »Straßenkontrollen« und die »Behinderung der Freizügigkeit der palästinensischen Bevölkerung« »regelmäßig kritisch ansprechen.«

Imperialistische Mächte im Gleichschritt

Eine öffentliche Diskussion über Gewaltakte und Rechtsverstöße Israels ist von den EU-Regierungen bisher eher verhindert worden. So weigerten sich die EU-Außenminister bei ihrer Sitzung am 12. Dezember 2005, der Veröffentlichung eines Berichts der eigenen EU-Vertretung in Israel zuzustimmen. Darin wurde nämlich festgestellt, dass »Israels Aktivitäten in Jerusalem sowohl gegen seine Verpflichtungen aufgrund der Road Map wie auch gegen internationales Recht verstoßen.« Daraufhin veröffentlichten 30 jüdische, palästinensische und andere politische Gruppen aus ganz Europa den Bericht auf ihren Webseiten (<http://www.waronwant.org/Jewish+and+Palestinian+organisations+defy+EU+secrecy+11418.twl>). Sie wiesen darauf hin, dass Israel einen Tag nach Unterdrückung des Berichts durch die EU-Außenminister prompt den Bau von 300 neuen Wohnungen in der Maale Adumin Siedlung, der größten in den besetzten Gebieten, ankündigte.

Künftig sollen die Beziehungen Israels zur EU noch enger werden. So verkündete Außenminister Frank-Walter Steinmeier beim schon erwähnten 7. Treffen des Israel-EU-Assoziationsrats am 5. März die Einrichtung einer »Reflexionsgruppe unter Teilnahme der Kommission, des Ratssekretariats und Israels«, die die »Möglichkeiten der Höherstufung der EU-Partnerschaft mit Israel« untersuchen soll. Israel beteiligt sich bereits an Galileo. Dieses EU-Projekt zum Aufbau eines globalen Navigationssystems mit 30 Satelliten soll verstärkt auch militärisch genutzt werden. Die Europäische Rüstungsagentur (EDA) hat den Auftrag erhalten, an den militärischen Komponenten von Galileo zu arbeiten (Martin Hantke in jW vom 7. April 2007). Ferner ist Israel in das

Sechste Forschungsrahmenprogramm der EU einbezogen, während an dem siebenten bereits gearbeitet wird.

Die schrittweise Einbeziehung Israels in die imperialistischen Bündnisstrukturen vollzieht sich im Gleichschritt von EU und NATO – ganz nach dem Muster der »Osterweiterung«. Im Juni 2004 beschloss die NATO auf ihrer Gipfelkonferenz in Istanbul, das Bündnis, das sich »nordatlantisch« nennt, zu einer weltweit agierenden Struktur imperialistischer Einmischung und Aggression auszubauen. Die NATO soll bei Plänen zur Kontrolle der strategisch wichtigen Erdöl- und Erdgasfelder sowie der Transportwege eine wichtigere Rolle übernehmen. Derzeit sind insgesamt 50 000 Soldaten unter NATO-Kommando im Einsatz. Die »Neue NATO« strebt in weit entfernten Erdteilen auch »Strategische Allianzen« mit westlich orientierten Ländern an, so z.B. mit Japan, Australien und Neuseeland, und natürlich mit Israel. Ein Angebot militärischer Zusammenarbeit richtete die NATO mit ihrer so genannten »Istanbul Cooperation Initiative« insbesondere an »ausgewählte Länder der weiteren Region des Mittleren Ostens«. In diesem Rahmen wurde ein »Individuelles Kooperationsprogramm« (ICP) der NATO für Israel beschlossen. Es sei das erste seiner Art, verkündete der Stellvertretende NATO-Generalsekretär Alessandro Minuto Rizzo im Oktober letzten Jahres bei einer zweitägigen Konferenz in Herzliya in Israel.

Bezeichnend war schon der Titel der Konferenz: »Transformation der NATO, Mittelmeer-Dialog, Beziehungen NATO-Israel«. Wie der Italiener Rizzo in Gegenwart der israelischen Außenministerin Tzipi Livni erläuterte, geht es unter anderem um »den Kampf gegen den Terrorismus und um gemeinsame Militärübungen, bei denen die Expertise Israels hoch geschätzt wird.« Auch vier Mitgliedsstaaten des Golf Kooperationsrates (GCC) haben »bereits die politische (!) Zusammenarbeit mit dem Bündnis aufgenommen.« Die NATO-Zusammenarbeit mit Israel umfasst eine militärische Komponente, nämlich die israelische Beteiligung an der Operation »Active Endeavour«, einer maritimen Antiterror-Operation der NATO im Mittelmeer, sowie die Präsenz eines israelischen Verbindungsoffiziers beim NATO-Kommando in Neapel. Ein Awacs-Flugzeug der NATO wurde in Israel vorgeführt. An Militärübungen der NATO in Rumänien und der Ukraine war auch Israel beteiligt (siehe NATO-Webseite: <http://www.nato.int/docu/speech/2006/s061023a.htm>).

Am 1. Januar 2007 erklärte Avigdor Lieberman im israelischen Rundfunk: »Das diplomatische und sicherheitspolitische Ziel Israels muss klar sein: Anschluss an die NATO und Beitritt zur EU.« Denn, so Lieberman: »Heute ist der palästinensische Terror Teil des globalen Jihad. Der ganze palästinensische Terror wird gespeist von Al-Qaida, Iran und Hisbollah. Das ist nicht palästinensischer Terrorismus.« Lieberman geht hierbei wie selbstverständlich davon aus, »dass selbst eine Mitgliedschaft in der NATO uns eine hundertprozentige Freiheit bei militärischen Aktionen erlauben würde.« Wie realistisch diese Wünsche Liebermans sind, wird sich zeigen. Fälschlicherweise gilt er als unbedeutender Rechtsausleger der israelischen Politik. Offen propagiert er die zwangsweise Aussiedlung der palästinensischen Minderheit. Solche faschistischen Pläne werden in der »einzigen Demokratie der Region« unter dem Codewort »Transfers« diskutiert. In Umfragen erhalten sie Zustimmung von einem großen Teil der Befragten. Tatsächlich ist Lieberman, der Stellvertreter von Premierminister Olmert, eine zentrale Figur des politischen Establishments. Er war bereits Minister im Kabinett von Ariel Sharon und Kabinettschef in der Zeit von Benjamin Netanyahu als Premierminister. Lieberman ist der Führer einer vorwiegend von russischen Einwanderern unterstützten Partei »Unser Heim Israel«.

»Jüdischer und demokratischer« Staat?

Über die »Bedrohung«, die durch »Transfers« abgewehrt werden soll, wird in Israel unter einem weiteren verschleiernenden Code-Wort diskutiert. Vom »demographischen Problem« ist die Rede. Im Jahr 2001 veröffentlichte Professor Arnon Sofer, Geograph an der Universität Haifa, die Studie »Israels Demographie 2000-2020«, in der er vorhersagte, dass bis 2020 die Nicht-Juden eine Mehrheit von 58% der Bevölkerung Israels und der besetzten Gebiete ausmachen würden. Warum das eine »Bedrohung« der jüdischen Kultur darstellen soll, wird nicht erklärt – es sei denn, man hält die israelischen Praktiker der Unterdrückung und Diskriminierung von Palästinensern für typisch »jüdisch«. Als Ehud Olmert Anfang 2006 die Nachfolge des im Koma liegenden Ariel Sharon als Premierminister antrat, verkündete er seine Absicht, die Politik der »Loslösung« (von den Palästinensern) fortzusetzen, die sein Vorgänger mit der Räumung der jüdischen Siedlungen in Gaza im Sommer 2005 eingeleitet hatte. Israel schien zum ersten Mal in seiner bald 60jährigen Geschichte bereit, seine internationalen Grenzen festzulegen.

Wo die Grenzen des »Eretz Israel« liegen, ist seit jeher, von Theodor Herzl und Max Nordau über Zeev Jabotinsky und David Ben Gurion bis zu Ariel Sharon eine offene Frage. Mittlerweile aber scheinen die zionistischen Träume bescheidener geworden zu sein. »Selbst wenn es nicht so aussieht,« schreibt der israelische Friedensaktivist Uri Avnery, »hat unser Volk sich doch ein ziemlich weites Stück fortbewegt von Vorstellungen wie ›Es gibt kein palästinensisches Volk‹, ›Groß-Israel‹, ›Vereintes Jerusalem in alle Ewigkeit‹ und ›Unsere Brüder die Siedler‹, hin zur Anerkennung der Realität. Trotz Gehirnwäsche. Trotz des Kultes der Macht. Trotz der Ängste.« (Counterpunch vom 5./6. Mai 2007 <http://www.counterpunch.org/avnery05052007.html>). Insofern der 2004 begonnene Bau der Apartheid-Mauer künftig die Grenzen Israels markieren soll, kann dies nach dem Rückzug aus Gaza auch als Bestätigung dafür gesehen werden, dass das zionistische Projekt gescheitert ist.

Die Politik der »einseitigen Abkoppelung« von den Palästinensern kann als der verzweifelte Versuch angesehen werden, den exklusiv »jüdischen« Charakter des Staates Israel um jeden Preis aufrecht zu erhalten. Die Aufgabe der jüdischen Gaza-Siedlungen erfolgte nicht freiwillig, sondern bei anhaltendem palästinensischem Widerstand und unter erheblichem Druck aus Washington. Nachdem der Mauerbau vom Internationalen Gerichtshof für illegal erklärt worden war, und weil Israel beschuldigt wurde, die »Road Map« zu sabotieren, erwarteten die USA von Israel eine gegenüber den arabischen Vasallen der USA und der Weltöffentlichkeit vorzeigbare Geste. Beobachter wie Tanya Reinhart bezweifeln, dass es ohne erheblichen Druck aus Washington zu einem Rückzug der jüdischen Siedler aus Gaza gekommen wäre.

Aber auch danach hat sich die Lage keineswegs entspannt. Gaza ist für seine eine Million Bewohner zu einer Art Freiluftgefängnis geworden. Es wird von Israel nach allen Seiten hin abriegelt. Israel behält sich vor, wie bisher zu bombardieren und gezielt zu töten. Neu sind Überflüge der israelischen Luftwaffe, durch die die Menschen, insbesondere Kinder, traumatisiert werden, weshalb sie früher mit Rücksicht auf die jüdischen Siedler unterblieben waren. Israel hat sich zwar verpflichtet, bei Rafah einen Übergang zur Außenwelt offen zu halten, beansprucht jedoch, die Kontrolle auszuüben, und dies mit Hilfe der EU.

All dies kann allerdings nicht verhindern, dass Gaza das Zentrum des palästinensischen Widerstands ist, das auch in der von jüdischen Siedlungen durchsetzten Westbank den Selbstbehauptungswillen der Palästinenser stärkt. Für die Westbank sehen die israelischen Pläne anscheinend einen Endzustand vor, der den Verhältnissen in Gaza vor der Evakuierung der Siedler ähnlich wäre: Ein Palästinensergebiet, das aus Enklaven besteht, die durch jüdische Siedlungen und

Siedlerstraßen sowie durch Hunderte von Straßensperren der israelischen Sicherheitskräfte von einander sowie von Ostjerusalem, dem Zentrum des palästinensischen Lebens, getrennt sind.

Sharon konnte sich auf die bereits während des »Friedensprozesses« von Israel geschaffene geographische Struktur von jüdischen Siedlungen und palästinensischen Enklaven stützen, als er die gesamte Westbank erneut besetzen ließ und eine systematische Zerstörung der Grundlagen der palästinensischen Gesellschaft in Angriff nahm. Schließlich ließ Sharon wissen, dass auch seine Pläne letzten Endes einen Staat der Palästinenser vorsehen. So mutierte der israelische Politiker, dem die schwersten Kriegsverbrechen vorgeworfen werden, im Westen zum »Mann des Friedens«, genau in dem Augenblick, als er begann, die Westbank, in der seine Vorgänger bereits die Palästinenser in Enklaven isoliert hatten, insgesamt mit einer Sperranlage abzuriegeln.

Für das Militär, die Polizei und die Siedler Israels ist die Apartheid-Mauer jederzeit frei passierbar. Palästinenser hingegen, die in ihrer Bewegungsfreiheit innerhalb der Westbank extrem behindert sind, werden von der Außenwelt total abgeschnitten. Die Mauer ist nicht wie eine Grenze, die zwei Länder trennt. Sie ist angelegt, um zwischen Juden und Palästinensern extrem ungleiche Bedingungen zu schaffen. Israel behält die Möglichkeit, das Leben der Palästinenser unerträglich zu machen und dadurch – möglichst ohne Aufsehen in der Weltöffentlichkeit – eine allmähliche Abwanderung zu erzwingen, praktisch die schleichende ethnische Säuberung fortzusetzen, die von Sharon betrieben wurde.

Dies wird offen von jenen Kräften in Israel propagiert, die die jüdische Mehrheit um jeden Preis gegen die »demographische Bedrohung« verteidigen wollen. Oft wurde die Frage gestellt, warum Israel die Westbank und Gaza nicht einfach annektiere. Dadurch würde Israel jedoch zu einem Staat, in dem Juden und Palästinenser zwei etwa gleich große Bevölkerungsteile bilden. Der exklusiv »jüdische« Charakter des Staates Israel könnte nicht aufrechterhalten werden.

Die Beton-Mauer, die die Westbank abriegelt, hat ihr Gegenstück im Staat Israel selbst, das Jonathan Cook in seinem schon zitierten Buch »Blood and Religion« als die »gläserne Mauer« beschreibt, die die palästinensischen Bürger Israels als diskriminierte Minderheit von den Juden trennt. Die rassistische Diskriminierung innerhalb Israels beschäftigte kürzlich auch das Komitee gegen rassistische Diskriminierung des UN-Menschenrechtsrats (CERD), das sich nach zehn Jahren wieder einmal mit Israel befasste. Es forderte, dass »die Definition Israels als jüdische Nation bei der Ausübung der Menschenrechte nicht zu irgendeiner systematischen Unterscheidung, Ausschließung, Einschränkung oder Bevorzugung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft führt.«

In der Anhörung der israelischen Vertreter erkundigte sich der Länderberichterstatter für Israel insbesondere nach der Rechtsgleichheit in Israel. Es reiche nicht aus, so seine Meinung, dass der Oberste Gerichtshof Israels in seiner Rechtsprechung nach dem israelischen Grundgesetz über menschliche Würde und Freiheit verfare. Nach Auffassung des CERD ist es erforderlich, dass Israel »sicher stellt, dass die Verhinderung rassistischer Diskriminierung und das Prinzip der Gleichheit als allgemeine Normen von hohem Rang in der innerstaatlichen Rechtsordnung gesetzlich verankert werden.« Insbesondere kam in dem Überprüfungsverfahren die Frage zur Sprache, wie zionistische Organisationen wie der Jewish National Fund (JNF), die World Zionist Organization (WZO) und die Israeli Land Administration (ILA) das Prinzip der Nicht-Diskriminierung anwenden. In seinen Schlussfolgerungen erklärte das Komitee, es sei »besorgt über Informationen, wonach diese Einrichtungen Boden, Wohnungen und Dienstleistungen ausschließlich für die jüdische Bevölkerung verwalten,« und empfahl dringend, »sicher zu stellen, dass diese Körperschaften in Ausübung ihrer Funktionen an das Prinzip der Nicht-Diskriminierung gebunden sind.«

Israel verfügt über keine Verfassung, sondern nur über 11 Grundgesetze, von denen keines die Freiheit der Meinungsäußerung und der Religion, oder, was noch gravierender ist, den Gleichheitsgrundsatz festschreibt. Das Prinzip der Rechtsgleichheit findet sich weder im Rückkehrgesetz (das die automatische Einbürgerung von Juden garantiert, während Israel das Rückkehrrecht der vertriebenen Palästinenser und ihrer Nachkommen eisern verweigert), noch im Staatsangehörigkeitsgesetz, noch in dem erwähnten Grundgesetz über die Würde, das einer Bill of Rights am nächsten kommt, das aber vor allem die Werte des Staates als »jüdisch und demokratisch« betont. In Israel ist ein Palästinenser, der die israelische Staatsangehörigkeit besitzt, niemals einem Juden gleichgestellt. »Die jüdische Demokratie kann arabische Bürger als Gäste tolerieren, solange diese das Gastrecht einhalten. Mit anderen Worten: Israel kann die Anwesenheit von israelischen Arabern tolerieren, die bereit sind, am Rande zu bleiben, und zwar sowohl der arabischen Gesellschaft wie auch der israelischen Gesellschaft.« So charakterisiert Azmi Bishara, der wohl bekannteste arabische Knesset-Abgeordnete, ein ehemaliger Philosophieprofessor, den Status der palästinensischen Minderheit Israels.

Israel versteht sich jedoch, ungeachtet der systematischen Diskriminierung von rund einem Fünftel seiner Bewohner, als ein demokratischer Staat. Rechtfertigend wird oft behauptet, Israel sei so »jüdisch und demokratisch« wie das demokratische Frankreich »französisch« sei. Dies ist jedoch nicht der Fall. Um als Nicht-Jude israelischer Staatsbürger zu werden, muss man zum Judentum übertreten. Dass Frankreich bei der Einbürgerung den Übertritt zu irgendeiner Religion verlangen könnte, ist dagegen ein völlig abwegiger Gedanke. Ein »römisch-katholischer« Staat oder ein »Afrikaner«-Staat, der beanspruchte, eine Demokratie zu sein, wäre eine absurde Vorstellung.

Das »Jüdische« im Konzept des »jüdischen und demokratischen« Staates bedeutet eben etwas gänzlich anderes als die Bezeichnung einer »normalen« Nationalität. Deshalb lässt sich auch nicht ohne weiteres behaupten, dass den Juden mit der Gründung Israels die Möglichkeit gegeben worden sei, »eine Nation wie andere Nationen« zu werden, d.h. als »jüdisches Volk« sozusagen ein »normales Volk« zu werden. Auch hier besteht ein tiefgreifender Unterschied. Normalerweise besteht ein demokratischer Staat aus der Gesamtheit seiner Staatsbürger. Der Staat Israel jedoch gehört gemäß seinen Gründungsgesetzen durchaus nicht den Menschen, die in diesem Staat leben. »Der Staat wird nicht als seinen Staatsbürgern sondern als dem ganzen jüdischen Volk gehörend definiert.« So der israelische Soziologe Baruch Kimmerling. Dies hat zur Folge, dass in israelischen Ausweisen etwa 137 Nationalitäten eingetragen werden können, von jüdisch, georgisch, russisch und hebräisch bis arabisch, drusisch, abchasisch, assyrisch, samaritanisch. Eine israelische Nationalität ist dagegen nicht vorgesehen.

Als ein Israeli 1971 seine Nationalität von jüdisch in israelisch geändert haben wollte, wurde er abgewiesen, wobei der Vorsitzende des Obersten Gerichts argumentierte, dass, wenn es Leute gäbe, die sich vom jüdischen Volk trennen und für sich den Status einer besonderen israelischen Nation anstreben wollten, »ein solches separatistisches Vorgehen nicht als ein legitimes Vorgehen angesehen werden sollte.« Der Staat Israel weigert sich anzuerkennen, dass eine israelische Nation abgetrennt vom Judentum, von den Juden in aller Welt, von dem »jüdischen Volk« besteht. Israel definiert Nation so, dass die Millionen Juden, die nicht in Israel leben und nicht die israelische Staatsbürgerschaft besitzen, unabhängig von ihrem persönlichen Willen darin eingeschlossen sind.

Dagegen werden die in Israel lebenden über eine Million Palästinenser, die israelische Staatangehörige sind, durch dieses Konzept der Nation ausgeschlossen. Ein solches Konzept von Nationalität und Staat ist weltweit einzigartig und steht jeder »Normalisierung« im Wege. Das Problem

der Diskriminierung der israelischen Araber ist mit der Bezeichnung als »Bürger zweiter Klasse« denn auch nicht zutreffend erfasst. Wären sie nur dies, könnten sie möglicherweise mit irgendwelchen affirmativen Maßnahmen wie beispielsweise zugunsten der Farbigen in den USA zu vollberechtigten Bürgern gemacht werden. Dies ist aber aufgrund der israelischen Staatsideologie und der Verfasstheit Israels als jüdischer Staat ausgeschlossen. Ungeachtet der Tatsache, dass die palästinensischen Israelis eigene Parteien haben und durch Abgeordnete im Parlament vertreten sind, besteht zwischen den 5,4 Millionen Juden und den 1,1 Millionen palästinensischen Bürgern eine umfassende ethnische Trennung.

»Staat aller seiner Bürger«?

Mitte Dezember letzten Jahres trat die politische Vertretung der palästinensischen Israelis mit einer eigenen nationalen Plattform an die Öffentlichkeit. In einem »Manifest« entwarf das so genannte High Follow Up Committee »Die Zukunftsvision der palästinensischen Araber in Israel«. Es forderte: Israel müsse zu einem »Staat aller seiner Bürger« werden. Diese Perspektive war früher unter fortschrittlichen jüdischen und arabischen Intellektuellen diskutiert worden. Ende der 90er Jahre formulierte der schon zitierte arabische Knesseth-Abgeordnete Azmi Bishara die Forderung als einigende Position nahezu aller israelischen Palästinenser. Diese mussten sich nämlich fragen, wie ihre Zukunft aussehen würde, sollte ein Palästinenserstaat, wie ihn die PLO in Verhandlungen mit Israel anstrebte, tatsächlich geschaffen werden. Die Lebensverhältnisse, die Israel den Palästinensern in ihren Gebieten zuzugestehen bereit war, schienen den israelischen Palästinensern nicht erstrebenswert, selbst wenn sie in Israel diskriminiert wurden. Die meisten von ihnen wollten, wie Meinungsumfragen ergaben, an ihren Heimatorten in Israel festhalten.

Bei den gescheiterten Camp-David-Verhandlungen im Jahre 2000 war zum ersten Mal auch über die prinzipielle Möglichkeit eines Austauschs von Gebieten gesprochen worden. Von den zionistischen Hardlinern werden die palästinensischen Israelis als »fünfte Kolonne« der Palästinenser in den besetzten Gebieten angesehen. Auch um der Gefahr vorzubeugen, zwangsweise in einen »Palästinenserstaat« abgeschoben zu werden, kämpfen sie für die demokratische Gleichheit aller Bürger Israels.

Das Manifest verlangt die Abschaffung der die Palästinenser diskriminierenden Gesetze. Insbesondere wird die Reform des Bodennutzungs- und Raumplanungssystems Israels verlangt, das, wie vom CERD festgestellt, in der Hand der zionistischen Organisationen ist. Es schließt palästinensische Bürger systematisch aus Baukomitees aus, die über Anträge auf Baugenehmigungen von Arabern – fast immer negativ – entscheiden. Häuserzerstörungen werden in der Regel nur gegen Palästinenser durchgesetzt, die durch die Umstände zu »illegalem« Bauen gezwungen werden. Außerdem verlangt die palästinensische Minderheit institutionelle Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Erziehung, Kultur und Religion, was bisher immer abgelehnt wurde. Das separate arabische Erziehungssystem ist erheblich unterfinanziert und wird von jüdischen Beamten beaufsichtigt. Die Regierung schaltet sich regelmäßig in die Ernennung muslimischer und christlicher Kleriker ein. (Jonathan Cook, »We didn't disappear – Arabs in Israel call for a ›state of all its citizens‹ to replace Jewish-only policies« in al-Ahram No. 824, 14.-20. Dezember 2006)

Im Februar legte die Menschenrechtsorganisation Adalah, die die Interessen der palästinensischen Minderheit juristisch vertritt, in einem Dokument unter der Überschrift »Die Demokratische Verfassung« erstmals Vorschläge von palästinensischer Seite vor, an denen auch internationale Experten mitgewirkt hatten. Israel wird als ein »zweisprachiger und multikultureller« Staat begriffen. Gesetze, die die Rechte der Araber verletzen, sollen durch die parlamentarische Vertretung der Araber aufgehoben werden können. Die jüdische Mehrheit erhält die Garantie, ihren

nationalen Charakter zu bewahren, und zwar durch die jüdischen Bildungs- und Kultureinrichtungen. Das Dokument annulliert das Rückkehrrecht, das die automatische Einbürgerung von Personen vorsieht, die von mindestens einem jüdischen Großelternteil abstammen. Dagegen legt es fest, dass ohne Ansehen der Religion allen die Staatsbürgerschaft gewährt wird, die aus humanitären Gründen nach Israel kommen.

Voraussetzung für den Aufbau einer gerechten und demokratischen Gesellschaft ist nach Auffassung der Autoren ferner: »Der Staat Israel muss seine Verantwortung für die vom palästinensischen Volk in der Vergangenheit erlittenen Ungerechtigkeiten, sowohl vor wie nach seiner Gründung, anerkennen« – d.h. für die Vertreibung (»Nakba«) und die Besatzung. Ferner muss Israel »das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge gemäß UN-Resolution 194« anerkennen. Es muss »das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes anerkennen und sich aus allen 1967 besetzten Gebieten zurückziehen.«

Nach dem Verfassungsvorschlag sollen auch die so genannten »intern Vertriebenen« in ihre Heimatorte zurückkehren können, d.h. die etwa 350 000 Palästinenser Israels, die ebenso wie die palästinensischen Flüchtlinge in Jordanien, Libanon, Syrien, Europa und weltweit davon betroffen sind, dass Israel ihre Rechte als Flüchtlinge nicht anerkennt. Dabei befinden sie sich in der besonderen Lage, dass sie – vorwiegend im Norden Israels – oft in Sicht- und Reichweite ihrer Herkunftsorte leben, aus denen sie 1948 vertrieben wurden.

Obgleich sie Bürger Israels blieben, wurden sie ihrer Besitztümer und Bankguthaben beraubt, ihre Behausungen wurden entweder zerstört oder jüdischen Bürgern zugeteilt. Sie sollen dafür nun Entschädigung erhalten. Allen Nachkommen israelischer Staatsbürger im Ausland wie im Inland garantiert der Verfassungsvorschlag die israelische Staatsbürgerschaft. Auch Ehepartner israelischer Staatsbürger sollen auf die Staatsbürgerschaft Anspruch haben – was als Reaktion auf die in Israel bestehenden Gesetze zu verstehen ist, die Palästinensern den Zuzug von palästinensischen Ehepartnern aus den besetzten Gebieten oder aus dem Ausland verweigern und die Ehepartner damit praktisch zur Auswanderung zwingen. Es gehe in dem Dokument, so Adalah, um die Frage, wer Staatsbürger sei, nicht wer Jude sei (Yoav Stern, »Israeli Arab group proposes new ›multi-cultural‹ constitution« in Ha'aretz vom 28. Februar 2007).

Die Reaktion des israelischen Establishments war entlarvend. Am 17. Januar verkündete die israelische Knesset – entgegen der Empfehlung des israelischen Generalstaatsanwalts – ein Gesetz, das es der israelischen Regierung ermöglicht, »unpatriotischen« Bürgern die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Als Kriterium gilt der Regierung die Haltung zum jüdischen Charakter des Staates. Schon Mitte Dezember hatte Avigdor Lieberman erklärt: »Wer nicht bereit ist, Israel als einen jüdischen und zionistischen Staat anzuerkennen, kann kein Bürger des Landes sein.« Selbst die führende liberale Zeitung Israels, Ha'aretz, verurteilte das Manifest als »den jüdischen Charakter des Staates unterminierend«. Gegen Azmi Bishara, den führenden Kopf der palästinensischen Bürgerrechtsbewegung in Israel, wurde eine Kampagne entfesselt. Polizeiliche Ermittlungen gegen ihn wurden mit dem Vorwurf eingeleitet, er habe dem Feind (Hezbollah) während des Krieges israelische Staatsgeheimnisse verraten. Bishara legte daraufhin sein Mandat nieder und verblieb vorläufig im Ausland. In einem Artikel in der Los Angeles Times (vom 3. Mai 2007) erklärte er: »Diese erlogenen Anklagen, die ich zurückweise und dementiere, sind in einer Serie von Versuchen nur der letzte, um mich und andere zum Schweigen zu bringen, die am Kampf der palästinensisch-arabischen Bürger Israels beteiligt sind, die in einem ›Staat für alle seine Bürger‹ leben wollen und nicht in einem Staat, der besondere Rechte und Privilegien nur den Juden gewährt und den anderen verweigert.«

Israel ohne Zionismus?

Die Aggressivität der israelischen Politik gegenüber den Palästinensern in den besetzten Gebieten und in Israel wie gegenüber seinen Nachbarländern, ist, wie wohl kaum zu bestreiten ist, aber oft übersehen wird, eine direkte Auswirkung der besonderen Verfasstheit Israels als zionistischer Staat. Wie Gilad Atzmon sarkastisch anmerkt, könne das israelische Wort Schalom nicht unbedingt mit »Friede« übersetzt werden. Es umfasse vielmehr, so der in Israel geborene Jazzsaxophonist, Romanautor und politische Publizist, der in London lebt, »die genauen Bedingungen, die notwendig sind, um die Sicherheit des jüdischen Volkes in Israel und im Ausland zu garantieren.« Die beste Strategie zum Schutz der »Zukunft des rein jüdischen Staates« habe für den früheren israelischen Premierminister Sharon darin bestanden, einige wenige jüdische Siedler aus überwiegend von Palästinensern bewohnten Gebieten zurückzuziehen und für »eine moderate Version« der jüdischen Expansionsbestrebungen zu werben. So habe Sharon mit sicherem Instinkt den Israelis gegeben, was sie wollten. Er habe »der jüdischen nostalgischen Sehnsucht nach dem Ghetto Rechnung getragen. Er versprach, eine monumentale Barriere zu errichten, die die Goyim (Palästinenser) aussperren würde.« So habe Sharon, ganz wie schon die Vordenker des ersten Zionistenkongresses 1897, erkannt, »dass es im Zionismus vor allem um die Wiederbelebung der jüdischen Einsamkeit geht, um die Neuerfindung eines metaphysischen Shtetls.«

Für Atzmon ist Zionismus »die Neuauflage der Ghettoversion in glamourösen positiven Bildern«. Es sei äußerst wichtig darauf hinzuweisen, »dass Olmerts Angriff auf den Libanon nur die natürliche Folge von Sharons unilateraler Shalom-Initiative ist. Der Libanonkrieg ist die Verkörperung von Sharons Ghetto-Philosophie. Tatsächlich definiert sich das neu aufkommende jüdische Ghetto eher als eine feindliche Festung mit genügend nuklearer Zündkraft, um unseren Planeten in Schutt und Asche zu legen.« (»Zwischen Shtetl und Großstadt – Einhundert Jahre jüdische Einsamkeit«, übersetzt von Eva-Luise Hirschmugl, 20./21. Januar 2007 <http://www.tlaxcala.es/pp.asp?reference=2103&lg=es>).

Atzmon beschränkt sich nicht auf die verbreitete Ansicht, dass Zionismus gleichzusetzen sei mit den besonderen jüdischen nationalen Bestrebungen sowie mit dem jüdischen Aufruf zur Rückkehr nach Zion. Es sei fast unmöglich, die Grundelemente des Zionismus, der alles andere als eine einheitliche Bewegung darstelle, zu bestimmen und Fragen zu beantworten wie: »Worauf zielt der Zionismus ab? Wo befindet sich das zionistische Hauptquartier – befindet es sich in Olmerts Büro in Jerusalem oder eher in der Wall Street in New York City? Gibt es eine ideologische Gemeinsamkeit zwischen der israelischen Vision der Interessen im Mittleren Osten und den Machern, die sich hinter dem Projekt des New American Century verbergen? Gibt es eine Verbindung zwischen den Verbrechen, die am palästinensischen Volk in Gaza im Namen des Kriegs gegen den Terror verübt werden, und denjenigen, die am irakischen Volk im Namen der »Befreiung« begangen werden?«

Nach Einschätzung Atzmoms ist der Zionismus »über die Jahre hinweg ein ziemlich effizientes System geworden, das den Interessen dient, die man als primär jüdisch definieren kann. Im Rahmen des Zionismus heißt das: die Israelis kolonialisieren Palästina, die jüdische Diaspora dient dazu, Lobbys zu mobilisieren und für internationale Unterstützung zu werben. Die Neokonservativen verwandeln die US-amerikanische Armee in eine israelische Auftragsstreitmacht, um die letzten Gebiete arabischen Widerstands zu bekämpfen. Interessant dabei ist, dass Anti-Zionisten jüdischen Ursprungs (und das mag sogar stolze Selbsthasser wie mich einschließen) dazu dienen, sowohl das Bild ideologischen Pluralismus als auch ethische Besorgnis innerhalb der jüdischen Welt zu unterstützen. Im Bild eines solchen Netzwerks spielen sogar die so genannten »Feinde des jüdischen Volkes« eine klare Rolle: Ahmadinejad ist der momentane »Hitler« und der Rest der »Islamofaschisten« hat die Aufgabe, den »Nazijudenmord« zu vollenden. Mit anderen Worten ge-

sagt, bietet die zionistische Sichtweise einen ziemlich überzeugenden Einblick sowohl in das Thema der zeitgenössischen jüdischen Identität als auch in das der jüdischen Angelegenheiten.«

Atzmon argumentiert, »dass es viel mehr Sinn macht, den Zionismus als tribales jüdisches Selbsterhaltungsprojekt anzusehen. Mit anderen Worten gesagt, könnte der Zionismus ohne weiteres als globale jüdische Bewegung bezeichnet werden, deren Ziel es ist, der Assimilation vorzubeugen. Also sollte der Zionismus als ein Gemisch verschiedener Philosophien betrachtet werden, die sich auf verschiedene Formen der Abkoppelung spezialisieren.« Atzmon betont »ein ideologisches Kontinuum von Herzls Interpretation der Assimilation zur ›unilateralen Abkoppelung‹ des früheren Premiers Scharon«. Die zionistische Begriffswelt, so Atzmon, »lässt uns den Zionismus als globalen jüdischen tribalen politischen Aktivismus sehen.« Fazit: »Genau deshalb ist der Zionismus, ein erfolgreiches Projekt, ein weltweites Monster ohne Kopf jedoch mit viel Körper, ein so siegreiches politisches Programm. Es bildet den modernen Rahmen eines überzeugenden jüdischen Tribalismus, indem es alle Elemente zu einem starken Magneten vereint. Außerdem verwandelt es seine Opposition in eine produktive Kraft. Der Zionismus ist nicht leicht zu bekämpfen.«

Dennoch, so Atzmon, sei der Zionismus wegen seines inneren Widerspruchs »zum Scheitern verdammt.« Denn als Bewegung schwanke er zwischen einer Stammespraxis, die auf Abgeschiedenheit abziele, und dem universellen Versprechen der Offenheit. Doch Stammesbezogene Isolation sei der Menschlichkeit feindlich gesinnt und umgekehrt. Der Zionismus versuche, beides zu versprechen, Stammestum und Universalismus; doch dies seien sich widersprechende Kategorien.

Die Stimmung in Israel nach dem Libanon-Debakel kommentierend, das er ein »Ergebnis der zionistischen kollektiven Neurose« nennt, bekennt Atzmon: »Ich neige dazu zu glauben, dass der vorliegende plötzliche Wechsel der israelischen kollektiven Haltung nur das Resultat der natürlichen Tendenz der Israelis ist, den schizophrenen Modus zu überwinden, der eng mit dem Zionismus verbunden ist. Er ist das Resultat des Ausbruchs des Konfliktes zwischen dem Stammesbezogenen und dem Universellen, der zu einem Zustand der kolossalen und kompletten Phobie reift.«

Ähnlich wie Atzmon diagnostiziert der schon erwähnte israelische Journalist Gideon Levy (in: ZEIT online vom 26. April 2007): »Die israelische Gesellschaft liegt seit Camp David II im Jahr 2000 im Koma. Nach dem Scheitern der Gespräche und nachdem Premier Ehud Barak nach Israel zurückkehrte und erfolgreich die Lüge verbreitete, es gebe keinen palästinensischen Partner, und nachdem die Busse in den Straßen von Tel Aviv, Haifa und Jerusalem explodierten, lösten sich die Israelis ganz und gar von allem, was mit der Besatzung zu tun hatte. Sie lösten sich selbst von jeglicher Verantwortung und Sorge, von Interesse und Neugierde an dem, was in den ›Gebieten‹ geschieht. Seitdem ist die israelische Gesellschaft überzeugt – zu Unrecht, wie ich meine –, dass es keinen palästinensischen Partner gibt. Seitdem hat sie Interesse und Hoffnung verloren und ist sehr gleichgültig geworden. Das ist sehr traurig.«

Die Assimilation, die der Zionismus vermeiden will, ist in Wirklichkeit nie ein einseitiger Vorgang gewesen. Glanz und Größe jüdischen Geistes haben sich gerade im Austausch mit anderen Kulturen entfaltet. So schreibt Eric Hobsbawm in seiner Autobiographie »... als Historiker merke ich an, dass, wenn es überhaupt irgendeine Berechtigung für die Behauptung gibt, die 0,25 Prozent der Weltbevölkerung des Jahres 2000, die den Stamm darstellen, in den ich hineingeboren wurde, seien ein »ausgewähltes« oder besonderes Volk, so gründet sie sich nicht darauf, was es innerhalb von Ghettos oder Sonderterritorien getan hat, seien diese selbst gewählt oder früher, heute oder künftig von anderen aufgezwungen. Sie beruht auf seinem ganz unverhältnismäßigen

und bemerkenswerten Beitrag zur Menschheit weltweit, vor allem in den etwa zwei Jahrhunderten, in denen die Juden die Möglichkeit erhielten, die Ghettos zu verlassen und dies auch taten. Wir sind ein Volk in der Diaspora.« (Eric Hobsbawm, Interesting Times, London, 2002, S. 25; übersetzt von. K.v.R.)

Frieden, eine Sache des Kampfes für Souveränität und Demokratie

Der Nahe und Mittlere Osten hat sich verändert. Der Widerstand im Irak untergräbt nicht nur die Kontrolle der US-Besatzung über dieses geostrategisch wichtige Land und seine Ölquellen. Er bindet auch die militärischen Kräfte der USA und schränkt die Einflussmöglichkeiten Washingtons in der ganzen Region erheblich ein. Frühere nationale Befreiungsbewegungen konnten sich auf internationale Solidarität stützen. Anders im Irak. In völliger Isolierung, ganz auf sich allein gestellt, hält das irakische Volk seit vier Jahren der Besatzung durch die einzige Supermacht stand. Etwas Ähnliches hat es in der Geschichte der nationalen Befreiungskämpfe noch nicht gegeben. Die libanesische Hisbollah vermochte 34 Tage lang zu kämpfen und war am 34. Tag noch in der Lage, Hunderte von Raketen auf israelisches Territorium abzufeuern. Auch dies ist eine neue Erscheinung. In dieser Leistung spiegelte sich, so das Urteil des Herausgebers einer führenden Beirut-er Zeitung, »eine wahrhaft historische Kombination von politischem Willen, militär-technischem Können und der Fähigkeit, sich gegen israelische, westliche und arabische Spionage und Infiltration abzuschirmen. Keine arabische Partei hat in dem hundertjährigen Konflikt mit dem Zionismus und Israel je zuvor diese Schwelle überschritten.« (Rami G. Khouri, »Israel's dominance may be going into slow reversal« in The Daily Star vom 30. Dezember 2006) Auch das palästinensische Volk ist nicht bereit, seinen Widerstand und seinen Kampf für seine Werte und Ziele aufzugeben.

Tanya Reinhart schreibt in ihrem letzten Buch »The Road Map to Nowhere« (S. 9): »Israels Politik bedroht nicht nur die Palästinenser sondern auch die Israelis selbst. Auf lange Sicht ist dieser Krieg selbstmörderisch. Ein kleiner jüdischer Staat von sieben Millionen Einwohnern (5,5 Millionen Juden), umgeben von 200 Millionen Arabern, macht sich zum Feind der ganzen muslimischen Welt. Dass ein solcher Staat überlebt, ist überhaupt nicht garantiert. Die Palästinenser zu retten bedeutet also auch, die Israelis zu retten.«

Die deutsche Bundeskanzlerin sollte wissen, dass das »Existenzrecht Israels«, das sie zur »Staatsraison Deutschlands« erklärt, von allen bisherigen israelischen Regierungen als das »Existenzrecht« eines »jüdischen« Staates aufgefasst worden ist, dessen Staatsraison anscheinend verlangt, dass – wie zahlreiche Ereignisse der bald 60jährigen Geschichte des Staates Israel beweisen – das Entstehen eines lebensfähigen Staates der Palästinenser um jeden Preis verhindert wird und dass ein Fünftel der Einwohner Israels systematisch diskriminiert wird. Angela Merkel hat mit ihrem Besuch in Tel Aviv am 1. April 2007 einmal mehr gezeigt, dass die offizielle deutsche Außenpolitik, entgegen allen Friedensbeteuerungen, nicht willens oder in der Lage ist, zu einer friedlichen Entwicklung im Nahen Osten beizutragen.

Tatsächlich ist Angela Merkels deutsche »Staatsraison« der Ausdruck des aggressiven Programms von Kräften, die Israel weiter als »strategischen Aktivposten« des Imperialismus sehen wollen und die das Land, das nur als »Vollmitglied der mittelöstlichen Gesellschaft von Nationen« (so Amr Moussa, Generalsekretär der Arabischen Liga) eine friedliche Zukunft hat, noch stärker in die imperialistischen Bündnisse des Westens einzubinden versuchen. Wäre der offiziellen deutschen Außenpolitik am »Existenzrecht« der lebendigen Menschen zwischen Mittelmeer und Jordan gelegen, müsste sie eine Politik vertreten, die auf den richtigen Schlussfolgerungen aus der bisherigen Entwicklung beruht, nämlich dass eine friedliche Entwicklung unmöglich ist,

solange der Staat Israel nicht bereit ist, sich mit 78 Prozent des Territoriums des historischen Palästina zufrieden zu geben, die Souveränität eines lebensfähigen palästinensischen Staat in der Westbank, Gaza und Jerusalem anzuerkennen sowie die Verantwortung für das historische Unrecht an den Palästinensern und das unveräußerliche Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr in ihre Heimat und auf Entschädigung anzuerkennen. All dies setzt allerdings eine demokratische »Normalität« des Staates Israel voraus, ein Israel ohne Zionismus, ein Israel als »Staat aller seiner Bürger«.

Der Sammelband enthält folgende Beiträge:

Rainer Rupp,

US-Strategien im arabisch-persischen Raum;

Joachim Guilliard,

Irak - Besatzungsrealität und Gegenkräfte nach vier Jahren Krieg und Besatzung;

Klaus von Raussendorff,

Der Israel/Palästina-Konflikt - Zur weltpolitischen Dimension eines Kampfes für nationale Souveränität und Demokratie;

Eberhard Schultz,

Das Feindbild Islam und der Demokratieabbau;

Heinz Jürgen Schneider,

Der »Fall« Awni al Kalemji;

Knut Mellenthin,

Rolle und Interessen der USA rund ums Horn von Afrika;

Willi Langthaler,

Islamische Befreiungstheologie?;

Samir Amin,

An vorderster Front im Kampf für die Destabilisierung der USA, Israels und ihrer Verbündeten: Palästina, Libanon, Afghanistan, Irak, Iran;

Ayatollah al Sayyed Ahmed al Baghdadi,

Für die nationale Einheit des Irak - Gegen die konfessionellen Konflikte im Dienste der Besatzung;

Hisham Bustani,

Zum Iran und seiner Rolle in der arabischen Region;

Ali Fayyad,

Die amerikanisch-israelischen Neuordnungspläne im Nahen/Mittleren Osten und mögliche Gegenstrategien;

Hanif Hanifullah,

Antiimperialistische Bewegungen, Kräfte und Länder, vereinigt euch!;

Samah Idriss,

Reflexionen über den libanesischen Konfessionalismus;

Abdul Jabbar al Kubaysi,

Der irakische Widerstand als globaler antiimperialistischer Pol;

Azzam Tamimi,

Der Befreiungskampf der Palästinenser und ihr Verhältnis zu Israel;

Dokumentation:

Ralph Peters,

Blood borders. How a better Middle East would look;